

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 60, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Nr. 1,60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsgeld Nr. 4269 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die vierspaltige Beilage über deren Raum 15 Pfg., für die dreispaltige 10 Pfg., für die einspaltige 5 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 238.

Dienstag, den 11. Oktober 1898.

5. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Der Stuttgarter Parteitag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Stuttgart, 7. Oktober 1898.

Zwölfter Verhandlungstag, Vormittagssitzung.

Singer eröffnet die Sitzung.

Zur Frage der deutschen Schutzoll- und Handelspolitik erhält das Wort der gestern bestellte

Korreferent Kautsky: Schippel sagte, er habe gegen meine Resolution nichts einzuwenden, ich kann ihm dieses Kompliment zurückgeben. Trotzdem bitte ich Sie um Annahme meiner Resolution. Ueber die Frage Schutzoll oder Freihandel bestehen bei uns in der Partei starke Differenzen, die endlich einmal beiläufig werden müssen. Die Frage müssen wir entscheiden, die Fraktion muß wissen, wie die Mehrheit der Partei denkt. Schippel sagt, wir sollen uns nicht festlegen. Durch unsere Resolution legen wir uns nicht fest. Wir sind gegen alle Lebensmittelsölle, trotzdem haben wir die Handelsverträge mit einem Zoll von 3,50 Pfd. für Getreide angenommen, zwischen zwei Uebeln das kleinste gewählt. Schippel sagte aber weiter, es sei die Frage, ob wirklich die deutsche Industrie so entwickelt ist, daß sie einen Schutzoll entbehren kann. Die deutsche Industrie ist so weit entwickelt, sie ist der englischen ebenbürtig, der deutsche Arbeiter verbindet mit großer Bedürfnislosigkeit gute Volksschulbildung und große Intelligenz. Wenn wir nicht heute schon die Industrie für groß genug halten, dann wird es keine Industrieentwicklung geben, bei der das Ideal Friedrich List's durch den Schutzoll zum Freihandel verwirklicht werden kann. Die Sozialdemokratie ist immer an der Spitze marschirt. Sie hat mit dem Vorschlag der Abkündigung nicht gewartet, bis der Bar an der Neua damit gekommen ist, wir brauchen auch nicht mit dem Freihandel zu warten, bis der Bar an der Saar damit hervortritt. Die deutsche Industrie hat sich überaus entwickelt, sie ist exportfähig und kann auf dem Weltmarkt überall konkurrenzieren. Trotzdem hat sie Schutzölle eingeführt. Warum? Weil der Schutzoll heute eine ganz andere Bedeutung hat, als rüchständigen Industrien aufzuhelfen. Diese Frage hat Schippel außer Acht gelassen. Wir müssen unterscheiden zwischen dem großindustriellen Schutzoll und dem primitiven Schutzoll. Früher war die Industrie freihändlerisch, jetzt sind Landwirtschaft und Industrie schutzollmäßig. Die deutsche Industrie fürchtete das deutsche Proletariat und machte ihren traurigen Frieden mit dem Junkertum. So sehen wir, daß die Periode mit dem Schutzollsystem mit der Periode des Sozialistengesetzes zusammenfällt. Schutzoll und Sozialistengesetz sind Früchte vom demselben Baume. Auer hat das richtig charakterisiert, als er im Reichstage den Schutz der nationalen Arbeit einen Hauptzug gegen die Taschen des deutschen Proletariats nannte. Die Lebensmittelsölle und Industrieölle sind heute nicht mehr zu trennen, die einen zu belassen und die anderen aufzuheben, hieße der Landwirtschaft die Kosten der Industrie aufhelfen. Wir brauchen der Landwirtschaft keine Illusionen zu erwecken, sie aber auch nicht überflüssig denken. Wenn wir heute verlangen, daß die Landwirtschaft der Hölle entzogen soll, so müssen wir es von der Industrie erst recht verlangen. (Sehr richtig.) Wenn Bismarck wegen des deutschen Schutzollsystems angegriffen wird, so ist das ganz richtig. Die Entkräftung Schippel's über die Angriffe gegen Bismarck kann ich nicht theilen. Das Schutzollsystem bildet den fruchtbarsten Boden zur Entwicklung von Kartellen und Trusts. In England, dem Lande des Freihandels, finden wir noch gar keine Kartelle, nicht einmal ein Kohlenkartell kann dort jetzt zu Stande gebracht werden, dagegen ist Amerika, das Land des Schutzolls auch das gelobte Land der Kartelle. Für das Proletariat ist es nicht gleichgültig, ob es kartellierten Industrien gegenübersteht. Das Tempo der Kartellierung ist beim Freihandel langsamer und es ist für das Proletariat nicht gleichgültig, ob es seine Organisationen eher fertig macht, als es den Unternehmern gelingt. Mit Gewerkschaften, die im Volke eingewurzelt sind, hat das Kapital einen schweren Stand.

Der Schutzoll wirkt nicht anders, als die Exportprämie, die die deutschen Zuderfabriken erhalten. Das Proletariat hat keine Veranlassung zu zahlen, damit die Fabrikanten höhere Profite haben. Die französische Industrie und auch die österreichische leiden heute bereits unter dem Schutzollsystem. Andererseits leiden die Arbeiter in Amerika unter dem Schutzoll. Die amerikanischen Arbeiter sind unorganisiert, dort werden die Arbeitervereine durch eine Praxis, die dem Meuchelmord gleichkommt und die man auch mit Zuchthaus belegen möchte, an freiwilliger Arbeit gehindert durch die Praxis der schwarzen Listen.

Wenn wir alles das bedenken, brauchen wir uns nicht für den Schutzoll begeistern und zagen zur Seite stehen und sagen, wir wissen nicht, ob der heutige Stand der Industrie des Schutzolls entzagen kann. Politisch sind wir selbstverständlich gegen den Schutzoll wie gegen jede indirekte Steuer. Wir vertreten das Interesse der Konsumenten und bekämpfen das indirekte Steuersystem weil es dem Parlament die Macht entwindet. Die 400 Millionen indirekter Steuern wären nie auf direktem Wege aufzubringen gewesen, das ganze Volk hätte sich dagegen auflehnt. Natürlich können wir nicht sofort vom Schutzoll zum Freihandel übergehen. Von einem sofortigen Uebergang spricht die Resolution nicht. Den Weg stellt die Resolution nicht fest, der richtet sich nach den Umständen. Stellt sich eine Wand entgegen, so muß sie umgangen werden, aber das Ziel darf nicht verloren gehen. Haben wir ein Ziel, wissen wir gar nicht, welchen Weg wir gehen sollen. Die Gefahr eines plötzlichen Uebergangs besteht nicht. Aber wir das Proletariat kann den vollständigen Freihandel schaffen, die Bourgeoisie ist dazu nicht im Stande. Mit der freihändlerischen Bourgeoisie steht es so schlecht wie mit der bürgerlichen Demokratie. In der bürgerlichen Gesellschaft mögen die Tage des Freihandels gezählt sein, er wird erst nach Niederwerfung der bürgerlichen Gesellschaft durchbringen. Trotzdem müssen wir für den Freihandel eintreten, wir für die progressivere Einkommensteuer eintreten,

die noch schwerlich in der bürgerlichen Gesellschaft zur Durchführung kommen wird. Wir müssen ein Ziel haben, ohne Ziel sind wir nur eine Studiengemeinschaft. Wir sind aber eine mächtige Partei, können nicht abwarten, sondern müssen praktische Entschlüsse treffen. Ich bitte Sie, für meine Resolution zu stimmen.

Herbert Stettin polemisiert gegen Schippel. Es sei doch bezeichnend, daß die Fraktion in ihrer ganzen Thätigkeit sich niemals mit einem Schutzoll einverstanden erklärt hat. Er sei gegen jede Halbheit, wüßte Klarheit für die Agitation und bitte deshalb die Resolution Kautsky einstimmig anzunehmen.

Dr. Schindler von Leipzig wendet sich gegen Schippel und seine Theorie von den angeblich so reaktionären Schutzöllen. Er unterstreicht das Wort, daß Schutzollsystem und Sozialistengesetz in Deutschland rücksichtlich zusammenhängen. Die deutsche Industrie ist beweglicher als die englische, sie paßt sich besser den Bedürfnissen der Länder an, wohin sie exportirt. Die Maschinenindustrie ist lokal in Deutschland entwickelt, unentwickelt ist bei unserem Schutzollsystem nur der Arbeiterschutz. Der Arbeiter ist nicht nur Arbeiter, sondern auch Konsument. Je besser und billiger er konsumieren kann, desto besser kann er seine Arbeitskraft verwerten. Wir stehen vor der Gefahr einer Hochzollpolitik, die wir bekämpfen müssen. Schutzoll und Arbeiterbedrückung hängen zusammen. Wer hat an dem Kaiser telegraphirt: die Hochzollpolitik vom Rhein. Wer sind die Schutzöllner: unsere schärfsten politischen Gegner. Ist denn durch den Schutzoll der Arbeitelohn geliegt? Gar nicht im Verhältnis. Wenn wir für Schutzoll sind, schleifen wir das Schwert nicht gegen den Feind, sondern für den Feind.

Auer: Seit F. W. Freilich und Max Kautsky gibt es bei uns in der Fraktion keine Schutzöllner. Auch sonst gibt es bei uns kaum viel Leute, die für den Schutzoll schwärmen. Ich kann mich deshalb des Eindruckes nicht erwehren, als wenn es z. B. Schindler nicht so sehr darauf ankam, einige Dissidenten zu bezeichnen, als mit einigen populären Formeln bei uns angenehme Stimmung zu erzeugen. Ich bin in der Frage keine Autorität, aber ich halte es für richtig, wenn wir uns heute auch noch nicht festlegen. Die Schippel'sche Resolution genügt mir nicht, ich würde für die Kautsky'sche Resolution stimmen, wenn sie nicht den Satz enthielte: „Die deutsche Industrie ist so weit entwickelt, daß sie einen Schutzoll entzagen kann.“ Dieser Satz mag richtig sein, er kann aber auch falsch sein. Bebel sagte mir in der Privatunterhaltung, es handelt sich darum, grundsätzlich Stellung zu nehmen, für die Praxis brauchen wir uns nicht zu binden. Das halte ich nicht für richtig, deshalb bitte ich Sie, den von mir bekämpften Satz in der Resolution Kautsky zu streichen.

Gottschalk von Königsberg wendet sich gegen den Satz in der Resolution Kautsky, daß die Schutzölle der internationalen Solidarität Eintrag zu thun geeignet sind, im Uebrigen sei er mit Kautsky's Ausführungen ganz einverstanden und verwurfe die Schippel'schen. Man könnte eher die internationale Solidarität erschüttern, wenn man nicht auf diese Art der nationalen Sonderinteressen Rücksicht nimmt. Den Einwand Auer's könne er nicht gelten lassen. Sollte eine Industrie selbst durch Entbehrung des Schutzolls im Interesse des deutschen Proletariats.

v. Elm: Ich bin weder Schutzöllner noch Freihändler und bitte Sie, keinerlei Resolution zuzustimmen. Trotz des Schutzolls in Amerika stehen dort die Arbeiter viel besser als bei uns, ja selbst als in England. Wenn wir deutschen Arbeiter die Konkurrenz der japanischen und chinesischen Arbeiter bekommen hätten, wir hätten uns ebenso wie die Amerikaner gewehrt. Es ist doch gleich, ob wir uns gegen die Arbeiter oder gegen die von ihnen fabrizierten Waren wehren. Die Gefahr japanischer und chinesischer Konkurrenz droht uns. Deshalb sollen wir uns nicht auf einen Standpunkt festlegen. Das materielle Interesse der Arbeiter soll von Fall zu Fall entscheiden. Deutschland hat nicht die höchsten Löhne, aber auch nicht die schlechtesten Löhne, wir haben also noch Konkurrenz zu fürchten und wahren uns die Freiheit des Handels. (Beifall.)

Bebel: Wenn Elm Recht hätte, wäre die Debatte überflüssig. Aber wir müssen uns über den einzuschlagenden Weg klar werden. Wir haben nun eine Vermittlung gefunden und schlagen Ihnen vor, den angefochtenen Satz in der Resolution Kautsky so zu ändern: „Die deutsche Industrie ist im Allgemeinen so weit entwickelt, daß sie einen Schutzoll entzagen kann.“ Wir sind für einen Schutzoll für Industrie in rüchständigen Ländern. Bei den Handelsverträgen wird die Frage für uns brennend, wir müssen Stellung nehmen. Auer zitierte vorhin eine Privatunterhaltung von mir. Ich erinnere mich derselben nicht. Aber ich frage ihn, wo ich sie gemacht habe. Hier oder gestern in Degerloch (Große Heiterkeit). Ich glaube, wenn wir die Einschaltung machen, die ich vorge schlagen habe, kann Schippel seine Resolution zurückziehen. Wir haben uns bisher nicht festgelegt. Schippel nannte unsere Gothaer Resolution sehr vernünftig. Das ist sie nicht. (Vollmar lacht.) Du habe dafür gestimmt, aber heute klüger geworden und Du Vollmar hast doch am allerwenigsten Ursache zu sagen, Du hast noch nie einen Fehler gemacht. (Große Heiterkeit.) Ich bleibe dabei, wir müssen jetzt grundsätzlich aussprechen, was wir wollen und erstreben. Ich hoffe mit meinem Amendement volle Einigkeit herzustellen.

Beck-Niederbarnim schließt sich den Ausführungen an und bittet beide Resolutionen abzulehnen.

Dr. David Wauz hält das Amendement Bebel nicht für glücklich, weil es eine Unklarheit zuläßt. Im Uebrigen neige ich mehr der Meinung v. Elm's zu. Amerika hat Schutzölle trotz großer Kapitalkonzentration und hoher Maschinenentwicklung. Diese Schutzölle schützen aber auch den Arbeiter in Amerika vor der Herabdrückung der Löhne. Auch für uns kann der Zeitpunkt kommen, wo wir unserer Industrie vor den Nullis schützen müssen. Ich habe auch Bedenken gegen die Bekämpfung des Schutzolls, weil er die Bildung von Kartellen erleichtert. Prinzipiell müssen wir aber die schleunigste Konzentration von Trusts wünschen. Die Frage drängt nicht so, ich glaube, wir fassen heute gar keinen Beschluß.

Heine-Berlin stimmt Auer und Elm bei, hat aber auch Bedenken gegen den Satz: „Wir sind gegen Schutzölle, weil bei den

heutigen Machtverhältnissen zwischen den herrschenden kapitalistischen Interessen im deutschen Reich die Industrieölle notwendiger Weise mit Lebensmittelsöllen zusammenfallen.“ Gewiß bewilligen die Junker für die Getreideölle den Industriellen Schutzölle, aber was geht das uns an. Ich bin überhaupt gegen die handwurmartigen Resolutionen. (Sehr richtig.) Beschlüsse faßt man vor der That und soweit sind wir noch nicht. Es ist ein Fehler in der Partei, in jeder Volks- oder sonstigen Versammlung Resolutionen zu fassen.

v. Vollmar: Ich stehe auf dem Boden Auer's und v. Elm's. Es ist viel von der Vergangenheit und von der Zukunft die Rede gewesen, aber wenig von der Gegenwart. Wir müssen uns auch mit den jetzigen tatsächlichen Verhältnissen in Deutschland beschäftigen. Bebel hat die Gothaer Resolution für unvernünftig und als eine seiner Sünden erklärt und mich an meine Sünden erinnert. (Heiterkeit.) In Punkt Resolutionenfabrikation bin ich kein großer Säuber. Ich bin kein Freund, daß alle diese Fragen wissenschaftlich und als Weltanschauung festgelegt werden. Die Praxis ist die Hauptsache. Es ist nicht gut, wenn unsere Parteitage einander widersprechende Beschlüsse fassen. Es geht ohne neuen Beschluß. Wir werden praktisch nur so handeln, daß die ganze Partei dabei einig ist. Ich habe die Resolution nur unterschrieben, um ihr von vornherein die Gistzähne ausreißen zu können.

Franz Reich-Hamburg: Ich bin im Prinzip für Freihandel aber unsere Vertreter müssen das Recht haben, in der Praxis davon abgehen zu dürfen. In der Resolution muß das besonders gesagt werden. (Bebel ruft: Das liegt schon in der Resolution.) Aber die Annahme einer Resolution, die Klarheit schafft, ist notwendig. Die Diskussion wird geschlossen.

Kaughly hält das Schlusswort: Heine hat die Resolution einen Handwurm genannt; Vollmar hat die zoologische Entdeckung gemacht, daß dieser Handwurm Gistzähne hat. (Heiterkeit.) Glaubt Heine denn, daß wir die Lebensmittelsölle aufheben und die Industrieölle behalten können? Dann beneide ich ihn um diesen Glauben. Die Kartellfrage erkenne ich an. Aber die Resolution gilt nur solange, als die Verhältnisse bestehen, denen sie entspringen ist. Liegen die Verhältnisse anders, so ändern wir unsere Haltung. (Bebel ruft: Sehr richtig.) Elm hat unrecht, wenn er die Lebenshaltung des amerikanischen Proletariats eine so hohe nennt. Dem Genossen David sage ich, die Entwicklung zu Kartellen ist nicht die höchste Entwicklung der Industrie. Die Kartelle sind nichts Anderes, wie private Monopole. Die höchste Entwicklung der Industrie wird durch die Konkurrenz hervorgerufen. (Sehr richtig!) Doch nun der angefochtene Punkt wegen der internationalen Solidarität und ihrer Erleichterung durch den Schutzoll. Gerade weil hier Worte gefallen sind, die von einer gewissen Feindseligkeit gegen andere Völker blickt waren, bitte ich Sie, den Passus in der Resolution zu belassen. Wir müssen die rüchständigen Arbeiter höher heben, dann lassen sie von der Konkurrenz herabsehen. Das würden wir auch thun müssen, wenn wir einmal mit japanischen Arbeitern zu thun bekommen sollten. Ob das jemals der Fall sein wird, weiß ich nicht; aber Japan hat eine Arbeiterbewegung, sie sind unsere Brüder. Anders wäre es mit Nullis und Zulufassern stehen. Unsere Grundzüge verlangen, daß wir uns nicht mit unseren heimischen Kapitalisten gegen die ausländischen Proletariats verbünden, sondern wir müssen uns mit unseren ausländischen Klassenorganisationen gegen die gesammte internationale Kapitalistenklasse verbünden.

Schippel erklärt, daß er seine Resolution zurückziehe, unter der Voraussetzung, daß das Amendement Bebel angenommen werde. Er habe befürchtet, daß hier gegen jeden Schutzoll in jeder Form vorgegangen werden sollte. Er lei erkent, daß es nicht so gekommen sei. Der Zweck seiner Rede sei nur der gewesen, dem Parteitage zuzurufen: Jungens, lauft nicht so schnell in den Freihandel hinein, daß ein vernünftiger Mensch auch mitkommen kann! Die Resolution Kautsky wird mit dem Amendement Bebel angenommen.

Hierauf tritt die Mittagspause ein.

Nachmittags-sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung und heißt zunächst den Generalrat der französischen Arbeiterpartei, Guesde, der gestern mit einem weiteren französischen Genossen, Mathieu, in Stuttgart eingetroffen ist, Namens des Parteitage herzlich willkommen. Guesde hält eine Ansprache in französischer Sprache, die vom Abg. Liebknecht ins Deutsche überlezt wird und lautet: „Ich kam hierher im Namen der französischen Arbeiterorganisation, die stets in innigster Fühlung mit Euch gewesen ist. Ich bin schon einmal bei Euch gewesen in Vertretung des französischen Proletariats: im Jahre 1890 in Halle. Damals war die Lage die, daß eben der eiserne Damm des Sozialistengesetzes gebrochen war und daß die bürgerliche Presse allgemein erklärte, die Sozialdemokratie werde nun, nachdem der eiserne Keil des Ausnahmegesetzes zerbrochen, ihre Schwungkraft gegenüber den anderen Parteien verlieren und in sich zusammenbrechen. Die deutsche Sozialdemokratie hat zwar gestritten über diese und jene Frage, aber niemals ist ihre Einigkeit dadurch gefährdet worden. Sie hat theoretisch wie auf dem Gebiet der Organisation große Fortschritte gemacht, und ist sie heute stark genug, um allen Angriffen der vereinigten Gegner wiederstehen zu können. Auch die französische Sozialdemokratie hat in dieser Zeit große Fortschritte gemacht; sie ist auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes in die Gemeindevorstellungen der mächtigsten Gemeinden eingebunden und hat sich so an der praktischen Arbeit beteiligen können. Und wenn auch die französischen Genossen noch nicht so weit gekommen sind, daß sie vollständig einig sind wie die deutschen Genossen, so sind die Spaltungen bei uns noch lange nicht so schlimm, als es vielleicht scheint. Das Gefühl der persönlichen Gefälligkeit zwischen den Anhängern der verschiedenen Fraktionen ist vollständig geschwunden. Wir werden ungewisselhaft auch noch so weit kommen, daß eine einheitliche Organisation zu Stande kommt; und wenn das auch nicht von heute auf morgen möglich sein wird, so dürfen Sie überzeugt sein, daß die französischen Arbeiterorganisationen niemals gegeneinander handeln werden. Vollkommen eins aber sind sie in der Ueberzeugung, daß es für die Sozialisten der verschiedenen Länder keine Landes

grenzen giebt, sie fühlen sich vollständig eins mit den Sozialisten Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz und der übrigen Länder. Das Bewußtsein der Brüderlichkeit zwischen den Proletariats aller Länder, ist auch den französischen Arbeitern in Fleisch und Blut übergegangen, und so reiche ich Euch Namens der französischen Sozialisten die Bruderhand. (Weisfall.) Wir freuen uns über die Energie, mit der die deutsche Sozialdemokratie den Klassenkampf geführt hat, wir freuen uns über die Energie, mit der sie sich aufgethan hat gegenüber den Drohungen derjenigen, die sich unterfangen wollten, die Macht der Sozialdemokratie zu brechen, und wir hoffen, daß die Einigung der internationalen Sozialdemokratie immer fester werden wird, bis auch die letzten Hindernisse beseitigt sein werden, die heute noch die verschiedenen Nationen trennen, bis wirklich das Proletariat aller Länder geeinigt dasteht — alle Staaten der Welt umfassend! (Weisfall.) Das ist, so schließt Liebknecht, was unser Genosse aus Frankreich uns zu sagen hat; ich darf wohl im Sinne aller Genossen noch hinzufügen, daß er uns vollständig aus dem Herzen gesprochen hat! (Lebhafte Weisfall.)

Der Parteitag nimmt sodann den Bericht der Reueerkommission entgegen.

Die erste Beschwerde war die des Genossen Mohrkauf wegen des Auftretens Kuerz in Sachen der Wahl Siemens'. Auf Antrag des Berichterstatters Zug wird Uebergang zur Tagesordnung beschlossen, ebenso bei der Beschwerde des Genossen Kille gegen den Parteivorstand, weil dieser seine Anwesenheit als Redakteur des Braunschweiger Volksfreundes verhindert habe.

Die dritte Sache betrifft die Braunschweiger Parteiverein. Es ist von der dort geführten Gegenpartei eine Broschüre an die Delegierten verteilt worden, die nach Ansicht des Berichterstatters ein Meisterwerk einseitiger Darstellungskraft ist. Der Streit drehte sich ursprünglich um die Überführung des dortigen Parteivorstands aus dem Privatbesitz des Genossen Günther in Parteieigentum, später, als diese vollzogen, wurde der ungläubliche Geist gethan, den Genossen Färber als Geschäftsführer anzustellen; denn da dieser mehr Neigung hatte, den reaktionären Egoismus zu leisten, so entsand eine neue Quelle fortwährend Fäulnisse. Besonders auch wurde der Redakteur, Genosse Heymann, sehr bald in den Streit gezogen. Er wurde wegen eines untaftlichen Vorgehens plötzlich seines Amtes entsetzt, außerdem wurde ihm gänzliche Unfähigkeit vorgeworfen. Durch Einmischung des Genossen Kuerz wurde dann Heymann wieder eingesetzt und die Gegenpartei gestürzt. Es scheinen auf beiden Seiten Fehler und Dummheiten in genügender Weise begangen worden zu sein. Jedenfalls war die ganze Kommission der Meinung, daß eine Einigung noch erzielt werden könne, wenn die Mitglieder der neu gegründeten Organisation zur alten wieder zurückkehren wollten. Sie empfiehlt daher die Annahme folgender Resolution:

Die Verungung des Genossen Färberbauer und Brände gegen die Entscheidung der Kontrollen wird vom Parteitag zurückgewiesen. Das Verhalten der Mitglieder des Vorstandes, Genossen Kuerz und Gerich, war pflichtgemäß und vom Parteinteresse vorgezeichnet, den Grundrissen des Rechtes und der Billigkeit entsprechend. Die Verungung der öffentlichen Parteiverammlung vom 22. Juli in Braunschweig und die Wahl eines Vertrauensmannes ist nicht als gegen unsere Parteioorganisation verstoßend anzusehen, und daher sind auch die Beschlüsse gerechtfertigt und zur Ausgleichung der bedauerlichen Differenzen geeignet. Entsprechend dieser Feststellungen ist es Pflicht des Genossen Färberbauer, dem Volken des Vertrauensmannes zurückzutreten und das Geld, das sich in seinem Besitz befindet, an seinen Nachfolger den Genossen Ohlendorf, auszuhandigen. Dagegen erachtet der Parteitag die Gründung und Aufrechterhaltung einer sozialdemokratischen Sonderorganisation in Braunschweig als eine die Interessen der Partei schädigende Handlung. Der Parteitag spricht sich Bedauern darüber aus, daß alle bewährte Parteigenossen sich zu einer derartigen Maßnahme verhalten konnten, die auch durch den Umstand nicht entschuldigt werden kann, daß einzelne Vorkommnisse in der Partei in Braunschweig ihren Grund zu berechtigter Unzufriedenheit gegeben haben. Der Parteitag appelliert an das Pflichtgefühl der in dem neuen Vereine organisierten Genossen, das diesen gebietet, in die Reihen der früheren Genossen zurückzukehren und sich beiderseits zu bestreben, die Differenzen in sachlicher Weise nach demokratischen Gesplogensheiten auszugleichen.

Der Berichterstatter fügt hinzu, daß allerdings auch die Redaktion des Braunschweiger Volksfreundes nicht noch das Feuer schüren dürfte, wie sie es leider in einer in diesen Tagen, wo wir uns abmühen, den Streit zu schlichten, erschienenen Nummer thut. Wir sind der Meinung, daß ein solches Verhalten die schärfste Mißbilligung verdient.

Meister beleuchtet scharf die Haltung und Qualifikationen Färbers.

Bos erklärt sein Einverständnis mit dem Antrag der Reueerkommission.

Agler findet, daß der Vorstand bei dem ersten Stadium des Streites sich zu reserviert verhalten habe; er hätte ihn vielleicht von Anfang an unterdrücken können.

Bruno (der als Nichtdelegierter mit Zustimmung des Parteitags das Wort erhält): Der Streit ist so alten Datums, und die Verhältnisse waren so schwierig, daß man wirklich nicht so einfach in sie eindringen könne. Die von der Reueerkommission gemachten Vorschläge sind denn doch zu wenig durchgreifend. Er verlangt Absetzung des Redakteurs und Neuwahl der Presbikommision.

Gerich erwidert Agler, er würde sich selbst sehr darüber freuen, wenn er ein Mittel wüßte, durch das man derartigen Affären vorbeugen könnte. Des weiteren rechtfertigt er das Verhalten des Parteivorstandes in der betreffenden Sache und empfiehlt die Annahme des Kommissionsbeschlusses.

Ohlendorf-Braunschweig rechtfertigt das Verhalten Heymanns, der bei seiner Ankunft in Braunschweig sich beiden Richtungen gegenüber ablehnend verhalten habe.

Kuerz: Ich habe nicht die Absicht, mich gegen die persönlichen Angriffe zu rechtfertigen, die in der Broschüre gegen mich erhoben worden sind; ich glaube, das habe ich nicht nötig. Ebensovienig bin ich gerade schuld daran, daß Heymann als Redakteur nach Braunschweig gekommen ist. Was ich Ihnen vor allem mitteilen wollte, das sind zwei Neuerungen aus Braunschweig, die es Ihnen begreiflich machen werden, warum wir, Gerich und ich, nach Braunschweig gegangen sind. Gerich hat Ihnen schon mitgeteilt, daß ein Telegramm an uns gelangt war des Wortlauts: „Heute Abend unbedingt selbst kommen, sonst zwei Blätter unvermeidlich. Ohlendorf.“ Und zwei Tage früher war ein Brief von Bruno eingelaufen, in dem es u. a. hieß: „Sie dürfen sich nicht wundern, wenn sich hier die Verhältnisse nach schlimmer zuspitzen als in Solingen; ich kann Ihnen die Versicherung geben, daß die Braunschweiger Arbeiter sich nicht so leicht abfägen lassen wie die Solinger.“ Das sind zwei Stimmen aus beiden Lagern. Daraufhin haben wir eingegriffen, und ich glaube, wir haben erreicht, was zu erreichen war. Daß wir nicht beide Richtungen befriedigen konnten war selbstverständlich, und daß es kein Vergnügen ist, sich in solche Fäulnisse einzumischen ist ebenso selbstverständlich. Im übrigen bin ich überzeugt, daß die Frage Braunschweig wie eine solche Bedeutung annehmen wird wie die Solinger, im Gegentheil; abgesehen von ein paar Leuten, denen der Krach eben Lebenselement ist, die darin allein die Beschäftigung ihrer parteigenösslichen Gestaltung erblicken (Heiterkeit), ist in Braunschweig alles in bester Ordnung.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Nach persönlichen Bemerkungen der Genossen Berard und Riede entscheidet der Parteitag nach dem Antrag der Kommission. Damit ist, wie Singer bemerkt, der Gegenstand für diesen Parteitag erledigt. (Große Heiterkeit.)

Es folgt die Beratung einzelner Anträge, und zwar zunächst Anträge zum Punkt Presse:

Ein Antrag der Parteigenossen des Kreises Teltow-Beeskow, den Vorwärts als Morgen- und Abendausgabe erscheinen zu lassen, findet nicht die genügende Unterstützung.

Boigt-Berlin begründet einen Antrag, den Vorwärts so zu erweitern, daß er den örtlichen Verhältnissen mehr Rechnung trage; ferner sollen jährlich zwei vollständige Agitationsnummern in Massenausgabe herausgegeben werden. Die Thatsache, daß den Berliner Genossen nicht einmal ein Organ zur Verfügung stand, um ihre Stellungnahme zu den Landtagswahlen gegenüber den Angriffen der Provinzialblätter zu rechtfertigen, beweise, wie dringlich der Antrag sei. Dazu komme, daß der Vorwärts in seiner jetzigen Gestaltung den Ansprüchen der kleinen Geschäftsleute, Händler u. dgl. nicht genüge, so daß diese genötigt seien, noch andere Blätter zu halten. Infolgedessen sei es nicht möglich, den Vorwärts in weitere Kreise hineinzutragen. Wenn es aber möglich sein würde, durch eine Erweiterung des Vorwärts ein paar Tausend neue Abonnenten zu gewinnen, so würde es endlich auch möglich sein, den Abonnementspreis zu erniedrigen. Jetzt würden die Berliner Genossen bei ihrer Agitation von Vorwärts fast immer im Stiche gelassen. Da würde durch die Herausgabe von besonderen Agitationsnummern wenigstens einigermaßen Abhilfe geschaffen werden.

Stadt hagen schließt sich den Ausführungen des Genossen Boigt an, glaubt aber nicht, daß es möglich sei, den Abonnementspreis wesentlich herabzusetzen. Im übrigen halte ich den Antrag für sehr dringlich. Was die Berliner Parteigenossen zur Verbreitung des „Vorwärts“ thun können, das haben sie gethan, aber der Inhalt und die Haltung des „Vorwärts“ sind nicht berakt, um sie in diesen Verhältnissen zu unterstützen. Wer die Berliner Genossen nach dem „Vorwärts“ beurteilen wollte, der würde allerdings ein so verzerrtes Spiegelbild im „Vorwärts“ finden, daß er zweifeln muß, ob denn die Berliner Genossen überhaupt vernünftige Menschen sind (Heiterkeit), und man braucht sich nicht zu wundern, wenn die Berliner Genossen, die nicht die Nähe und Zurückhaltung besitzen, wie ich (Heiterkeit), empört sind über die Art, wie der „Vorwärts“ über Versammlungen berichtet. Da wird das Sachliche unterdrückt und dafür aller persönliche Quatsch breitgetreten, während andere Versammlungen einfach schematisch registriert werden: „Die Versammlung war gut besucht, der Referent sprach über das und das und zum Schluß wurde ihm ein Hoch ausgedrückt.“ (Heiterkeit.)

Ich werde in der Donnerstag-Nummer des „Vorwärts“ angegriffen wegen Verhärten, die ich hier gethan habe, die ich aber thatsächlich gar nicht gethan habe. Ich rufe dafür den ganzen Parteitag zum Zeugen an; und die Genossen Liebknecht und Gradmann, die zweifellos die geistig bedeutendsten Redakteure des „Vorwärts“ sind, sind ja selbst Ohrenzeugen dessen gewesen. Ähnliche Erfahrungen habe ich wiederholt auch mit Versammlungsberichten gemacht.

Köster-Teltow-Beeskow beschwert sich über die mangelnde Berücksichtigung der kommunalen Angelegenheiten der Vororte im „Vorwärts“.

Gradmann-Berlin wendet sich gegen Köster: der „Vorwärts“ könne aus finanziellen Gründen unmöglich die Gemeinderatsversammlungen der Vororte bringen. Die heutigen Vorwärts des Genossen Stadt hagen sind genau so unübersichtlich wie die vom vorigen Dienstag. Das Mißverhältnis, von dem er sprach, liegt in den Verhältnissen begründet. Warten möchte ich Sie vor dem Antrage, jährlich zwei vollständige Agitationsnummern in großen Massen zu verbreiten. Derselbe ist oft geschehen und hat noch nie etwas genutzt.

Stadt hagen beantragt, den Antrag dem Vorstand und der Presbikommision zur Berücksichtigung zu überweisen.

Der Parteitag beschließt nach diesem Antrag.

Stelzner-Dresden beantragt, das sozialpolitische Handbuch des Dr. Lux in verbesserter Form neu herauszugeben.

Hebel: Ganz abgesehen davon, daß wir gar nicht wissen, ob Dr. Lux in der Lage ist, die neue Auflage vorzubereiten, würde die Absicht des Antragstellers wohl besser durch Annahme des Antrages erreicht werden, wounach alljährlich ein Ergänzungsheft zum Handbuch herausgegeben werden soll.

Der Antrag wird abgelehnt.

Wahlke-Stenburg beantragt: Alljährlich nach Schluß der Reichstagsession zum Handbuch für Wähler ein Ergänzungsheft herauszugeben, enthaltend die neueren sozialpolitischen statistischen Zahlen, sowie einen parlamentarischen Bericht, hauptsächlich der namentlichen Abstimmungen.

Der Antrag wird angenommen.

Thiele-Halle beantragt, den Bericht des Vorstandes und den über die parlamentarische Thätigkeit der Parteiblätter auf Verlangen zum Selbstkostenpreise zu überlassen.

Zubeil beantragt, die im Parteivorlage erscheinenden Broschüren billiger abzugeben, wenn sie dem agitatorischen Zweck erfüllen sollen. Kolb-Karlruhe spricht dagegen, Valer-Hamburg dafür.

Der Antrag wird dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiehen.

Zubeil beantragt, den Parteivorstand zu ersuchen, alle speziell für die Landbevölkerung wichtigen Reichstagsverhandlungen in Broschürenform zwecks Agitation zur unentgeltlichen Verbreitung zu bringen. Augustin und Kiesel-Berlin sprechen dafür, Utrich dagegen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Böhlke-Eraburg beantragt, die Hebel'sche Broschüre „Nicht stehendes Heer, sondern Volkswehr“ — eventuell in ergänzender Uebersetzung — in Massenausgabe herzustellen und den Parteigenossen im Reich unentgeltlich zur Agitation zu überlassen.

Hebel bittet um Ablehnung.

Der Antrag wird abgelehnt.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Sonnabend früh 9 Uhr vertagt.

Politische Rundschau. Deutschland.

Eine Sitzung des Kronraths fand am Freitag Vormittag 10 Uhr unter dem Vorsitz des Kaisers im Marmor-Palais statt. Es wird angenommen, daß vor der Orientreise die gesammte politische Lage erörtert, der Termin der Reichstagsöffnung, die Grundzüge der Thronrede und die Vorlagen für den Reichstag fortgesetzt worden sind.

Bei der Reichstagsersatzwahl im 7. hannoverschen Wahlkreis (Nienburg) wurden, wie amtlich gemeldet wird, im Ganzen 13550 Stimmen abgegeben. Schele (Welfe) erhielt 6986 Stimmen, Brandt (reichstreu ohne bestimmte Parteistellung, Mitglied des Bundes der Landwirthe) 5164 Stimmen, und Wiehle (SD.) 1395 Stimmen. Ersterer ist somit gewählt.

Ueber die Einberufung des Reichstages verlautet neuerdings, daß sehr wahrscheinlich der Reichstag erst nach der Rückkehr des Kaisers vor der Orientreise, die bekanntlich unternommen wird, um in Jerusalem eine neuerbaute Kirche einzuwelken, zusammentreten wird. Der Kaiser soll keine Reise abkürzen wollen. Der Auszug nach Aegypten soll unterbleiben. — Der plötzliche Entschluß, die Reise des Kaisers abzukürzen, dürfte, wie die

„Fr. Ztg.“ meint, in der Kronrathsitzung am Freitag gefaßt sein. Nach den bisherigen Bestimmungen wollte der Kaiser aus Syrien die Fahrt nach Aegypten am 16. November, dem Bußtag, antreten. Der Zusammentritt des Reichstages könnte nach der Rückkehr des Kaisers frühestens am Dienstag, den 29. November erfolgen. Die „Kreuztg.“ erwartet die Eröffnung erst für das erste Drittel des Dezember. Wenn dies zutrifft, so kämen für die Reichstagsarbeiten vor den Weihnachtsferien kaum 3 Wochen in Betracht.

Mit den Anarchisten-Ausweisungen kommen die Mächte in eine recht arge Zwischstufe. Aus der Schweiz waren unter anderen die Anarchisten Boskino und Sanoico ausgewiesen worden; sie wurden in Mülhausen i. E., wohin sie gegangen, verhaftet und wieder nach Schweiz abgeschoben. Was soll der Bundesrath mit diesen zwei Leuten nun anfangen? Ueberschreiten sie die österreichische Grenze, hätten sie das gleiche Schicksal zu erwarten. Und nach Frankreich? Von dort sind gerade in den letzten Tagen etwa 50 Ausgewiesene nach der Schweiz gekommen. Weib die italienische Grenze. Aber nach Italien, ihrer Heimath, von wo aus sie ja nicht mehr ausgewiesen werden könnten, wollen die betreffenden ohne Zweifel nicht gehen und sie können dahin nach den bestehenden Gesetzen auch nicht ausgereist werden.

Diese „Lücke“ soll jedenfalls durch die internationale Konferenz beseitigt werden. Nach einer Meldung der „Agenzia Stefani“ hat die deutsche Regierung sofort ihre Bereitwilligkeit, auf den Konferenzvorschlag Italiens einzugehen, erklärt. Der österreichisch-ungarische Minister des Auswärtigen Graf Goluchowski hat, wie die „Agenzia Stefani“ meldet, dem italienischen Botschafter in Wien Grafen Nigra in einer Note mitgeteilt. Oesterreich-Ungarn begrüßt die Initiative Italiens beifällig und werde sich auf der Konferenz zur Verabreichung von Maßnahmen gegen die Anarchisten vertreten lassen. Auch der französische Ministerrath hat sich der „Agenzia Stefani“ zufolge für die Theilnahme Frankreichs an der genannten Konferenz ausgesprochen. Die „Agenzia Stefani“ veröffentlicht den Wortlaut der Note, die der Minister des Auswärtigen Canevaro an die diplomatischen Vertreter Italiens bei den Mächten gerichtet hat in der Angelegenheit des Zusammentritts einer internationalen Konferenz zur Feststellung von Maßnahmen gegen die Anarchisten.

Schluß die zweijährige Dienstzeit! Gegen die zweijährige Dienstzeit wetteifert wieder einmal das Organ des Bundes der Landwirthe. Offenbar giebt es noch zu viel ländliche Arbeiter, die in die Kasernen gesteckt werden müssen.

Militärämter im Postdienst. Hinsichtlich der Verwertung von Militärämtern um Anstellung im Reichs-Postdienst hat das Reichs-Postamt folgende neue Bestimmung erlassen: „Die Oberpostdirektionen haben bei Meldungen solcher Militärämter aus entfernt gelegenen Bezirken, die bereits bei anderen Ober-Postdirektionen vorgemerkt sind, die Vermögensverhältnisse besonders eingehend zu prüfen und diejenigen Bewerber von der Aufnahme in die Anwärterliste auszuschließen, hinsichtlich deren in Anbetracht ihrer gesammten wirtschaftlichen Lage, der Größe ihrer Familie, der Ehrenerwerbsverhältnisse des Bezirkes u. s. w. die begründete Befürchtung aufkommen muß, daß sie bei einer Einberufung in Noth gerathen würden. Die Bewerber aus entlegenen Bezirken, deren Vormerkung unbedenklich ist, sind darauf aufmerksam zu machen, daß sie nach erfolgter Anstellung auf Veretzung in andere Bezirke um so weniger zu rechnen hätten, als dadurch die für nur einen Bezirk vorgemerkten Anwärter geschädigt werden könnten.“ Die Reichspost scheint danach nicht in der Lage zu sein, bemerkt dazu sehr richtig der „Vorwärts“, ihre Unterbeamten ausreichend zu bezahlen. Die Unterbeamten scheinen auf eigenes Vermögen angewiesen zu sein und bei theuren Lebensverhältnissen oder großer Familie nicht von dem Leben zu können, was ihnen die Post zahlt. Das Gehalt aus dem Postdienst scheint demnach nur als ein Nebenverdienst betrachtet zu werden, trotzdem die Arbeitskraft der Unterbeamten, so weit es sich nur irgend thun läßt, in Anspruch genommen wird.

Die Kommission für Arbeiterstatistik wird in ihrer bisherigen Zusammensetzung im November zum letzten Male zusammentreten. Die Kommission besteht, abgesehen von dem durch den Kaiser ernannten Vorsitzenden, aus vom Bundesrathe ernannten und vom Reichstage gewählten Mitgliedern. Die letzteren werden für die Dauer der Legislaturperiode gewählt und bleiben an deren Schluß so lange im Amte, bis die Neuwahlen vollzogen sind. Zu den ersten Aufgaben des wieder zusammentretenden Reichstages wird die Neuwahl der auf ihn entfallenden sieben Mitglieder der Kommission für Arbeiterstatistik gehören. Diejenigen Fraktionen, deren bisherige Vertreter in der Kommission wieder Mitglieder des Reichstages geworden sind, dürfen diese von Neuem für die Kommission präsentieren, andere werden sich für andere Vertreter entscheiden müssen.

Die Bedrohung mit dem Zuchthaus hat die ihr Koalitionsrecht auf das Schwerste gefährdet stehenden Arbeiter überall aufgerüttelt und ihnen die aus der gegenwärtigen Situation drohenden Gefahren klar vor die Augen gestellt. Die von allen Seiten kommenden Proteste fangen an, in bürgerlichen Kreisen Unbehagen zu erregen. Sie möchten das bedeutungsvolle, die Lage blutig beleuchtende Wort gern ungesprochen machen. Aber, was schwarz auf weiß gedruckt im „Reichsanzeiger“ steht, läßt sich nicht ablegen. Und so setzt man — für die Pächter des „monarchischen Gedankens“ eine ganz eigenartige Erscheinung — seine Hoffnung darauf, daß der zu erwartende Gesekentwurf nicht enthalte, was angekündigt

worben ist. So schreibt der „Hann. Cour.“ ziemlich unwirksam:

Es ist in hohem Maße zu bedauern, daß der vom Kaiser angeklagte Gesehntwurf noch immer nicht veröffentlicht werden kann. Wir wenigstens vermögen uns nicht mit der „Kreuzzeitung“ zu trösten, daß je ärger der Mißbrauch mit der „Kreuzzeitung“ getrieben wird, desto größer die Blamage sein werde, wenn der betreffende Gesehntwurf aus Tageslicht kommt. Aus einer solchen „Blamage“ plant sich die Sozialdemokratie sehr wenig zu machen. Ihre Vertreter erfahren davon entweder gar nichts, oder doch nur das, was sie ihnen in ihrer Presse zu sagen ihr gut findet. Die ungeheure Verheerung aber, die mit dem angeblichen „Kreuzzeitungsgesetz“ bereits in den letzten Wochen verübt worden ist und nach dem Stuttgarter Tage mit verdoppeltem Nachdruck verübt werden wird, kann eine erst nach Monaten eintretende Berichtigung, wie immer sie gehalten sein mag, nicht mehr heilen. Wir sind auch nicht der Ansicht der „Kreuzzeitung“, daß es für besonders schlaun halten, gerade Angesichts des sozialdemokratischen Parteitagges den Anzeichen zu erwecken, als ob man in den Regierungskreisen in der Sache überhaupt noch gar nicht entschlossen sei. Auf die Stuttgarter Berichtigung macht das auch nicht den geringsten Eindruck. Die Sozialdemokratie wird sich hüten, sich dieses vorzüglichste Agitationsinstrument aus der Hand werden zu lassen. Was ist ihr all das sonstige Gerate in der bürgerlichen Presse? Sie ist es diesmal, die an einem Kaiserworte nicht drehen und drehen läßt! Nur eine ganz unwesentlich von möglicher Stelle ausgehende Erklärung könnte dies Manöver wirksam durchkreuzen. Wir sollten meinen, daß es doch nicht außerhalb des Menschmöglichen läge, eine solche Erklärung, ohne den weiteren Schritten zu präjudizieren, zu Stande zu bringen. Warum man statt dessen an den besetzten Stellen dem Wirrwarr der Fehlangaben mit unerschütterlichem Schweigen zuschaut, ist schwer verständlich. Wäre davon weiter keine Folge zu befürchten, als daß die allgemeine Meinung noch längere Zeit unbefriedigt bliebe, so verlohnte es sich nicht ein, darüber zu reden. Aber es kam der Autorität der Regierung nicht förderlich sein, wenn sich im Publikum die Auffassung verbreitet, daß über eine so wichtige und so feierlich angekündigte Angelegenheit Unentschiedenheit und Mathlosigkeit herrsche. Zum Mindesten aber sollte es vermieden werden, daß, noch dazu von ansehender offizieller Seite, über die von der Regierung beabsichtigte Art des gesetzgeberischen Vorgehens Angaben gemacht werden, die auch in den Kreisen derer, die einer schärferen Bekämpfung des Streikverbreitens genügt sind, vielfach Bedenken erregen müssen.

Wir verstehen es durchaus, meint dazu treffend das „H. C.“, daß man sich in der Unsicherheit über das Kommende in bürgerlichen Kreisen sehr unbehaglich fühlt. Und nichts kann wohl bezeichnender sein als der Gegensatz zwischen diesem bürgerlichen Gejammer und der ruhigen, kühlen Festigkeit, mit der die Bedröhten selbst, die Arbeiter, sofort gegen die neue Gefahr Stellung genommen haben. Daß man das als „ungeheure Verheerung“ seitens der Sozialdemokratie darzustellen beliebt, ist nur ein trauriges Manöver bürgerlicher Demagogie, die die Dinge nicht sehen will, wie sie sind. Der Vorwurf imponiert uns so wenig, wie die uns in Aussicht gestellte Blamage, wenn der Gesehntwurf das Tageslicht erblickt. Welchen Inhalt er schließlich auch haben mag, wir sind sicher nicht die Blamirten. Um sie zu verhüten, haben wir wahrhaftig nicht nötig, irgend etwas zu verschweigen. Es gehört übrigens gerade jetzt, Angesichts der Parteitagsdebatten, eine strenge Unverfrorenheit dazu, der Sozialdemokratie gerade diesen Vorwurf zu machen.

Die Bezeichnung eines handwerksmäßigen Betriebes als „Fabrik“ fällt nach der Entscheidung eines Oberlandesgerichts unter den Begriff des unlauteren Wettbewerbs. Das Gericht hat sein Urtheil damit begründet, daß durch die Brilegung der Bezeichnung „Fabrik“ ein Geschäft, das diesen Namen nicht verdient, den Anschein eines besonders günstigen Angebotes hervorruft. Das Publikum, an das sich der betreffende Handwerker oder Zwischenhändler wende, nehme, wenn es von der Bezeichnung „Fabrik“ Kenntniß bekomme, an, daß ihm gerade von diesem Geschäft die Vortheile, die sich aus der wirtschaftlichen Stellung einer Fabrik ergeben, zu gute kommen würden, beispielsweise betreffs der Billigkeit der Waaren, und werde somit getäuscht. Um die Tragweite des Urtheils zu würdigen, muß man sich vergegenwärtigen, daß das Reichsgericht erkannt hat, daß der Begriff „Fabrik“ nicht zutreffend sei, wo der einzelne Arbeiter das einzelne Produkt ganz fertig herstellt, und keine Theilung der Arbeit stattfindet. Danach würde es Zigarrenfabriken überhaupt nicht mehr geben, selbst wenn in einer Zigarrenfabrik Tausende von Arbeitern beschäftigt werden. Das würde als handwerksmäßiger Betrieb zu gelten haben. Ueberhaupt ist es der Rechtsprechung noch immer nicht gelungen, eine alle unterscheidende Merkmale betreffende Bestimmung des Begriffes „Fabrik“ zu geben. Um so bedenklicher ist es, wenn die Gerichte auf Grund einer noch unbestimmten Feststellung des Begriffes zu Verurtheilungen schreiten.

Franreich.

Der Pariser Stadtrath nahm mit 31 gegen 12 Stimmen eine Tagesordnung an, die die Abberufung des Seinepräfecten verlangt, weil seine Amtsführung den Interessen der Stadt Paris nachtheilig sei. Es handelt sich um angebliche Unregelmäßigkeiten bei der Verdingung der Arbeiten für den Bau der Stadtbahn.

Zur Dreyfus-Affäre. In Toulouse, wo am Donnerstag Sebastian Faure einen Vortrag über Dreyfus und Picquart hielt, versuchten die Antisemiten die Versammlung zu sprengen; sie waren indeß die Schwächeren und wurden mit blutigen Köpfen heimgeschickt; die Aufstörung dauerte von 10 Uhr Abends bis 2 Uhr Morgens, die Polizei scheint sich mit unparteiischem Zuschauen begnügt zu haben.

Weiter wird berichtet, daß die antisemitischen Strolche, welche den Redakteur Roger überfielen, ihre Auftragsgeber angegeben haben, so daß sensationelle Verhaftungen bevorstehen sollen.

Zur Affäre Picquart. Labori, Verteidiger Jolas

und Biquart, richtete folgenden Brief an den Kriegsminister:

Am 21. September erschien Picquart vor der Strafkammer. Auf Antrag des Staatsanwalts wurde die Verhandlung vertagt. Ich darf versichern, daß Picquart damals sofort freigelassen worden wäre, wenn nicht die Militärbehörde eine ebenso veraltete wie unerwartete Voruntersuchung eröffnet hätte. Am 22. September bezog Picquart Oberste Wache und seitdem ist mir verboten ihn zu sprechen oder sonst mit ihm zu verkehren. Hauptmann Tavernier, die Untersuchung führt, beruft sich auf Artikel 112 des Militärstrafgesetzes, wonach der Vertheidiger mit dem Verletzten erst verkehren kann, sobald das Verfahren formell eröffnet ist. Ich beugte mich bisher, weil ich es für unmöglich hielt, daß die Voruntersuchung nicht mit der Einstellung des Verfahrens endete, zumal nachdem der Justizminister den Dossier Dreyfus dem Kassationshof übergeben hatte. Aber gehen sich Hauptmann Tavernier auf ein neues Gerücht ein, daß die Voruntersuchung noch lange nicht abgeschlossen und daß ich die Hoffnung aufgeben solle, vor Ablauf mehrerer Wochen mit Picquart zu verkehren.

Labori protestirt gegen diesen Bescheid und führt des Längeren aus, daß die Vorschriften der Zivilprozessordnung auf Picquart Anwendung finden müßten, zumal es zweifelhaft sei, ob überhaupt das Militärgericht kompetent sei und weil gegen Picquart gleichzeitig noch das Zivilverfahren schwebt. Schließlich fordert Labori den Kriegsminister auf, die nötigen Schritte anzuordnen, damit gesetzlich gegen Picquart verfahren werde. „Sie allein haben unter ministerieller Verantwortung die Macht, den als Richter funktionierenden Offizier zur Befolgung des Gesetzes einzuladen, das er ausüben muß, wenn er nicht einen Mißbrauch der Amtsgewalt begehen will. Selbst wenn die Bestimmung des Militärgesetzes nicht durch die neue allgemeine Prozessordnung abgesehafft wäre, was ich bestreite, so gelte sie nur fakultativ. Beweis dafür ist, daß der im letzten Dezember wegen Hochverraths angeklagte Esterhazy während der ganzen Untersuchungszeit in Freiheit blieb. Wenn das Militärstrafgesetz einem Beschuldigten Freiheit gestattet, wieviel mehr Grund, ihn wenigstens mit dem Vertheidiger verkehren zu lassen!“ Gleichzeitig schrieb Labori an den Pariser Generalstaatsanwalt, er habe Picquart eine geheime und äußerst dringende Mittheilung zu machen, die das Verfahren gegen Picquart vor der Zivilkammer betreffe. Auf Gerüchten habe ihn jedoch der Procurator der Republik direkt an das Militärgericht verwiesen. Das sei unbillig, da die Zivilkammer nicht formell aufgehoben sei. Labori besteht deshalb darauf, daß der Staatsanwalt die Pflicht habe, ihm Gelegenheit zur Kommunikation mit Picquart zu verschaffen.

Lübbeck und Nachbargebiete.

10. Oktober.

Alle Gewerkschaften werden ersucht, der Familie des letzten Verurtheilten vom Thiel'schen Streik zu gedenken. Es handelt sich um eine Frau mit 6 Kindern und wurde am 8. Oktober das letzte Geld an dieselbe anbezahlt. Schnelle Hilfe thut deshalb Noth, da der Winter vor der Thür steht und die betr. Familie noch lange Zeit ihres Ernährers entbehren muß. Die Arbeiter Lübeck werden nicht zulassen, daß dieselbe dem Elend ganz preisgegeben wird und hoffen wir daher auf baldige Zuzugung von Mitteln. Die Kommission.

Wozu noch das Zuchthausgesetz? Der Bauarbeiter Gr. hat während des Bauarbeiterstreiks in der Fischstraße zwei Arbeitswillige zum Mitstreiken zu überreden gesucht. Als diese sich trotz aller gütlichen Zuredens nicht herumbringen ließen, soll er mit Mißhandlungen gedroht haben. Das Gericht verurtheilte Gr., der bisher noch unbescholten war, zu 6 Monaten Gefängniß; der Staatsanwalt hatte 3 Monate beantragt. In der Begründung des Urtheils wurde nach dem „Gen.-Anz.“ ausgeführt, daß deshalb auf eine so hohe Strafe erkannt werden müsse, weil ein Vergehen, wie das des Angeklagten eine Gefahr für alle Arbeitswilligen bilde. Durch solche Drohungen werde nicht nur auf den Einzelnen eingewirkt, sondern auf die Gesamtheit. Im Jahre 1896 und 1897 sei in ähnlichen Fällen auf eine ebenso hohe Strafe erkannt worden, weshalb es nur eine Verbesserung der Gerechtigkeit sei, jetzt das gleiche Strafmaß anzuwenden. Wer solch' „gemeinfährliche“ Handlungen vornimmt, muß auch die strengste Strafe tragen.“ — Legt's zu dem Uebrigen!

* Durch einen unglücklichen Fall erlitt am Sonntag Abend im Concordiagarten bei dem Vergnügen des „St. Jürgen Liederkreis“ ein bei Herrn Kalm, Schlüsselbuden, beschäftigter junger Mann einen Beinbruch.

Unfall am Hafen. Auf dem Dampfer „Linnea“ wurde dem Arbeiter Dose am Sonnabend Nachmittag das erste Glied des kleinen Fingers der linken Hand abgeklemmt.

Ertrunken ist Sonnabend Nachmittag in der Trave unterhalb der Braunstraße der siebenjährige Schulfknabe Kleve. Beim Spielen ist der Knabe aus einer Schute in die Trave gefallen. Die Leiche wurde noch am demselben Abend geborgen.

Der Angliks-Dampfer „Wilhelm Delsner“ hat Sonnabend Nachmittag endlich den hiesigen Hafen verlassen können, um in Travemünde seine Ladung zu verladen und dann nach Petersburg abzudampfen. Hoffentlich bleibt der Dampfer in Zukunft von weiteren Schiffsalbschlägen verschont.

Vom Tage. Unter Vorpiegelung falscher Thatsachen schwindelte ein junger Mann, der sich Hans v. Westhoff nannte und angab, Landwirth zu sein, der Frau eines Rentiers 7 Mark ab. Es ist doch höchst merkwürdig, daß die meisten Schwindler sich einen adeligen Namen beilegen; jene dunkeln Existenzen wissen aber nur zugut, daß das deutsche Bürgerthum vor dem Wörtchen „von“

immer noch einen ungeheuren Respekt hat. Es wird nochgerade Zeit, daß das anders wird.

Circus Variete. Die gestrige Sonntags-Vorstellung legte wieder bezauberndes Zeugniß von der Leistungsfähigkeit der Künstler ab. Auch der zweite Spielplan bietet des Amüsanter soviel, daß es sich wohl verlohnt, denselben in Augenschein zu nehmen, denn bereits in dieser Woche tritt ein Wechsel im Repertoire ein.

) Travemünde. Die dritte Torpedobootsdivision suchte Freitag Abend unsern Hafen auf, um von hier aus Nachtmanöver zu veranstalten. Montag (also heute) wollen die Boote den Hafen wieder verlassen.

Dassow. Eine Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen hat sich hier gebildet, nachdem bereits seit längerer Zeit etwa 20 Arbeiter von hier der Zahlstelle Selmsdorf angehört hatten. Die weite Entfernung hat die Trennung veranlaßt. Hoffen wir, daß die neue gewerkschaftliche Organisation von Bestand ist.

Altona. Das Schwurgericht sprach den Strauch Sablowski aus Ratowen, der wegen Nothzucht angeklagt war, kostenlos frei. Er sollte zu Ostern dieses Jahres das mit ihm gemeinsam beim Gutspächter H. in Nulpsen bei Rostburg sich in Stellung befindende Dienstmädchen Emma H., welches erst 15 Jahr alt ist, in einer Scheune des Gutes in unsittlicher Weise mißbraucht haben.

Altona. Der Streik der Lederarbeiter bei Bienen ist beendet! Am Mittwoch war seitens des Vorstandes und Ausschusses des Lederarbeiterverbandes je ein Mitglied hier anwesend. Dieselben haben in Gemeinschaft mit dem Vorsitzenden der hiesigen Filiale nochmals mit P. eine Unterhandlung versucht. Die Vertreter des Verbandes wollten einen allgemeinen Ausstand vorkühen. Nachdem in einer Abends einberufenen Versammlung die Lederarbeiter vom Vorsitzenden ein eingehender Bericht über die Verhandlungen gegeben, wurde der Bescheid der Vorladung gemacht, die Bedingungen des Herrn P. anzunehmen. Die Versammlung sprach sich in dreistündiger, oft erregter Debatte theils für, theils gegen den Vorschlag aus. Die Abstimmung ergab, daß 105 für den Vorschlag und 130 gegen denselben waren. Ein weiterer Vorschlag wurde angenommen, daß mindestens Zweidrittelmajorität für Durchführung des Streiks sein müsse. Lieber sei der Streik zu beendigen, als daß bei einer so kleinen Majorität die sämtlichen Lederarbeiter zum Streik veranlaßt würden. Die Meinungen gingen in Bezug auf die Aussicht des Streiks sehr weit auseinander. Man will aber nun Diejenigen, welche vielleicht von P. nicht wieder in Arbeit gestellt werden, besser als bisher unterstützen.

Kiel. Die Strafkammer hat als Berufungsinstanz ein schöffengerichtliches Urtheil von 20 Mk. wegen Uebertretung des preussischen Vereinsgesetzes bestätigt, welches Erkenntniß dadurch interessant wird, weil durch die Darstellung lebender Bilder bei einem Maskenballe ein Verein als politischer angesehen wurde. Es handelt sich um den Verein Arbeiterbund Preetz, von dessen Versammlungen der dieselben überwacht habenden Polizeibeamte befandete, daß politische Angelegenheiten nicht besprochen wurden. Eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten sei jedoch durch Darstellung lebender Bilder bewirkt. Die lebenden Bilder bestanden u. a. in der Darstellung zweier englischer Maschinenbauer, die sich die Hand gereicht hatten, während ein Transparent mit rothem Licht besagte: „Hoch der Achtstundentag.“ Sodann hatte an einem Gestell ein saurer Fering gebaumelt und ein darunter stehender Mann hatte vergebens danach geschmuppelt. Das sollte nach Ansicht des überwachen Beamten eine Anspiegelung auf schlechten Verdienst und Kost des Arbeiters sein.

Ein anderes Bild hatte den Freiherrn v. Stumm und Bismarck dargestellt, die auf einem Schiffsdeck eine Senne und ein Beil schliffen. Und in diesen Bildern wurde nach Ansicht des Gerichts nun eine Besprechung politischer Angelegenheiten gefunden. Der Verein sei deshalb verpflichtet gewesen, die Mitgliederlisten und sein Statut der Polizei einzureichen. Da dieses auf Aufforderung der Polizei nicht geschehen, wurde dann auf 20 Mk. Geldstrafe erkannt und nun hat die Kieler Strafkammer dieses Urtheil bestätigt.

Briefkasten.

Montag, den 10. Oktober, Abends 8 Uhr.
Gewerkschafts-Ausflug: Montag, den 10. Oktober, Abends 9 Uhr. Abrechnung.
Maurer-Reviforen: Streit-Abrechnung. Mittwoch, den 12. Oktober, Abends 8 Uhr.

Stadttheater. Morgen Dienstag findet die erste Wiederholung von Richard Wagner's „Lohengrin“ statt. Die Ortrud singt Fel. Lenné, als Lohengrin gastirt Herr Eger Dehnhoff vom Stadttheater in Bremen, Herr Jester singt den König Heinrich. Mittwoch den 12. d. M. geht der Schwan „Papa Nitsche“ zum zweiten Male in Szene. Das zweite und letzte Gastspiel der Königl. Kammerfängerin Frau Ernestine Schumann-Siehl findet am Sonntag den 16. d. M. statt, und zwar gastirt die Künstlerin als „Fides“ in Meyerbeer's „Prophet“. Die Preise der Plätze zu diesem Gastspiel sind: 1. Rang Loge und Balkon 5 Mk., 1. Parquet 4 Mk., 2. Parquet 3 Mk., 2. Rang Loge und Balkon 3 Mk., Parterre 1,50 Mk., 3. Rang 1 Mk., Gallerie 75 Pf. Billetbestellungen werden schon jetzt entgegengenommen.

Sterschaug-Biehmarkt.

Hamburg, 8. Oktober.

Der Schweinehandel verlief gut. Angeführt wurden 980 Stüd. Preise: Versandtschweine, schwere 57—59 Mk., leichte 57—58 Mk., Saueu 48—53 Mk. und Ferkel 65—67 Mk. pr. 100 Pfd.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.
Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäftsstellen, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu beauftragen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Ein Logis frei per Woche Mark 2
Zu verm. eine jedn. Parterrestube an einen Herrn
Gesucht zu sofort ein Mädchen das außer dem Hause schlafen kann

40—50 tüchtige Diener gesucht per Stunde 50 Pfg.
Ernstbittelweg. Wolf & Lempten.

Für den Winterbedarf empfehlen:
Feinste Kartoffeln
Magnum bonum, Lauenburgische Gierkartoffeln, Medlenburgische Gierkartoffeln
zum billigsten Tagespreis, frei Haus. Proben werden abgegeben.
Callson & Dencker
Ernstbittelweg 17 a. Marlesgrube 63.

Sämtliche Colonialwaaren Fettwaaren, Spirituosen, Futtermittel, Feuerung
empfehlen billigst
Rud. Kracht, Rahab. Allee 40.

Ihren reinigen 1,50,
Federn einsehen 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,80.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Hilfstraße 12.

Feinste Süßrahm-Margarine
Marke „Crème“
kostet von jetzt an
per Pfund 55 Pfg.
Verkauft in getrennten Männen.
C. Krapp, ob. Bahnh. 6.

Feinste Süßrahm-Margarine
per Pfund 50 und 60 Pfg.
empfiehlt
Rud. Kracht, Rahab. Allee 40.

Achtung Hausfrauen!
Wein Einkauf von mindestens
1 Pfund Margarine
erhält Jeder Gratisbeigabe, wie: Zeller, Tassen, Nusskannen und vieles andere mehr. Die feinste Süßrahm-Margarine kostet:
Marke „Crème“ Pfd. 60 Pf.
Feine Tafel Pfd. 50 Pf.
J. C. W. Blöss, Kupferhämmerstr. 7

Frisch gebrannt. Caffee
per Pfd. 0,80, 1,00, 1,20, 1,40 Mt.
empfiehlt
Rud. Kracht, Rahab. Allee 40.

Meinen werthen Freunden und Bekannten hierdurch die ergebene Mittheilung, daß ich mein
Taback- und Cigarren-Geschäft
von der Holstenstraße nach der Hürstraße Nr. 23
verlegt habe. Indem ich das geehrte Publikum auch in diesem neuen Hause um gütiges Wohlwollen bitte, gelte
Carl Schrader.
NB. Vereins-Billets sind nach wie vor bei mir zu haben.

Der
Neue Welt-Kalender
für das Jahr 1899
Preis 40 Pfg.
ist soeben erschienen und zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Joseph Kürschner
Der neue Reichstag
von 1898—1903.

Jeder will wissen: Wer ist der Mann dieses oder jenes Wahlkreises, wie ist der Lebens- und Entwicklungsgang, wie die Physiognomie des neuen Abgeordneten? Alles dieses wird in diesem kleinen in Buchform erschienenen Werke beantwortet, welches zum Preise von 50 Pfg. zu beziehen ist durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Achtung!
Kohlenarbeiter!
Mitglieder-Versammlung
am Montag den 10. Oktober
Abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.
Tages-Ordnung:
1. Fragelasten. 2. Verschiedenes.
Das Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht.
Der Vorstand.

Speise-Halle Hansa
Wengstraße 24. I.
Großer Mittagstisch von 11 1/2—2 Uhr.
Ausstoßen
von
fetten Gänsen und Rindfleisch
auf einem Ziehbillard
am Sonntag den 16. Oktbr.
von 11—1 und von 4—10 1/2 Uhr.
Einsatz 50 Pfg., wofür 3 Stühr.
Hierzu ladet ergebenst ein
Wilh. Menschel, Untert. 53.

Holzarbeiter-Verband
General-Versammlung
am Dienstag den 11. Oktober
Abends 8 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 8. Quartal 1898
2. Tätigkeitsbericht der Lohnkommission und Neuwahl derselben.
3. Wahl der Revisoren und Bezirkskassierer.
Um zahlreiches Erscheinen erucht
Die Lokalverwaltung.

Waren Sie schon
im
Circus Variété
?
Versäumen Sie es nicht! Es ist die letzte Woche dieser großartigen Artistenschau.
Anfang des Concerts 7 1/2 Uhr.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands
(Zahlfstelle Lübeck.)

Stadttheater in Lübeck.
Dienstag den 11. Oktober:
13. Vorstellung 12. Abonnements-Vorst.
2. Vorstellung im Dienstagsabonnement.
Gastspiel des Heldentenor Herrn
Eugen Dehnhoff
vom Stadttheater in Barmen.
Zum 2. Male.

Versammlung
am Dienstag den 11. Oktober
Abends 8 1/2 Uhr
bei F. Leeke, Lederstrasse 3.
Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 8. Quartal 1898.
3. Wahl des Gesamt-Vorstandes.
4. Fragelasten.
5. Verschiedenes.
NB. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Lohengrin.
Romantische Oper in 3 Akten von Rich. Wagner.
Lohengrin — Hr. Eugen Dehnhoff a. G.
Große Preise.
Mittwoch den 12. Oktober 1898:
14. Vorstellung. 13. Abonnements-Vorst.
2. Vorstellung im Mittwochsabonnement.
Neuheit. Zum 2. Male. Neuheit.
Papa Nitsche
Schwan in 4 Akten von D. Walter u. L. Stein.
Mittelpreise.
Anfang 7 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Durch die Expedition des Lübecker Volksboten ist zu beziehen:
Ferdinand Lassalle's
» Reden und Schriften.
» Neue Gesamt-Ausgabe.
Herausgegeben
im Auftrage des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands
von **Ed. Bernstein.**
Vollständig in 3 Bänden. Zu beziehen in 50 Lieferungen à Mk. —,20.
Bandausgabe:
Band I: geheftet Mk. 2,50, in Leinen gebunden Mk. 3,—
in Halbfranz gebd. (Lichhaberband) „ 4,—
Band II: geheftet Mk. 4,—, in Leinen gebunden „ 4,50
in Halbfranz gebd. (Lichhaberband) „ 5,50
Band III: geheftet Mk. 3,50, in Leinen gebunden „ 4,—
in Halbfranz gebd. (Lichhaberband) „ 5,—
Zur Beurtheilung der geschichtlichen Entwicklung und des Wesens der deutschen Sozialdemokratie ist diese Gesamt-Ausgabe unentbehrlich. Der erste Band ist mit einem Stahlstichportrait Lassalle's geschmückt.

Im Verlage von J. Sassenbach, Berlin, ist erschienen und durch uns zu beziehen:
Der Industriestaat und die arbeitenden Klassen.
Preis 15 Pfg. Von **Erich Rother.** Preis 15 Pfg.
Woran krankt die deutsche Gewerkschaftsbewegung?
Preis 15 Pfg. Von **Bruno Pörsch.** Preis 15 Pfg.
Arbeiterprogramm.
Von **Ferd. Lassalle.** Preis 15 Pfg.
Die Freimaurerei.
Preis 40 Pfg. Von **J. Sassenbach.** Preis 40 Pfg.
und viele andere von hervorragenden Socialisten verfaßten Schriften.
Buch- und Papierhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**

Der 3. Band (Supplement) von Fr. Nansen's berühmtem Werke
In Nacht und Eis
ist nun complet in 18 Lieferungen erschienen und machen wir unsere geehrten Abonnenten darauf aufmerksam.
Preis per Lieferung 50 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.**